

20. Nov. 2007

zu 1497 J

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0180-III/4a/2007

Wien, 16. November 2007

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1497/J-NR/2007 betreffend Integrative Berufsausbildung, die die Abg. Mag^a. Christine Lapp, Genossinnen und Genossen am 27. September 2007 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1, 5 und 6:

In Summe befinden sich in meinem Ressortbereich 2 Jugendliche (2 Frauen) in der Integrativen Berufsausbildung, beide im Rahmen einer Teilqualifizierung.

Zu Frage 2:

Die Ausbildung erfolgt im Lehrberuf „Verwaltungsassistent/Verwaltungsassistentin“.

Zu Frage 3:

Ja. Die Berufsausbildungsassistenz hält regelmäßig Kontakt sowohl mit der Dienstbehörde, der Ausbildungsstätte als auch der Berufsschule. Weiters sind für die Auszubildenden Lernhilfen vorgesehen. Im Übrigen wird das Ressort im Rahmen der Integrativen Berufsausbildung unter Blickwinkel auf die Beantwortung der Frage 4 mit den von „Jugend am Werk“ beigestellten Berufsausbildungsassistentinnen und -assistenten kooperieren. Am Arbeitsplatz werden die Lehrlinge von qualifizierten Lehrlingsausbilderinnen und -ausbildern betreut werden.

Zu Frage 4:

Die Forcierung der Integrativen Berufsausbildung im Bund wurde von der Bundesregierung mit Ministerratsbeschluss vom 29. August 2007 beschlossen. Die Vermittlung von Lehrstellensuchenden in die integrative Lehrlingsausbildung beim Bund sowie damit einhergehende Beratungs- und Unterstützungsleistungen werden über die Plattform www.bundessache.at organisiert. Diese Plattform wurde gemeinsam vom Bundessozialamt, WienWork und dem Bundeskanzleramt gegründet. Sie unterstützt darüber hinaus bei der Suche nach Übungspraktika während des der integrativen Berufsausbildung vorangehenden Clearingprozesses sowie bei der Abstimmung mit den Unterstützungsleistungen der Berufsausbildungsassistenz. Seitens der im Bundeskanzleramt angesiedelten Bundeslehrlingskoordination werden die Lehrlingskoordinatorinnen und -koordinatoren im Ressort informiert und beraten.

Zu Frage 7:

Ja, unter Berücksichtigung der ressortspezifischen Möglichkeiten wird sich das Ressort weiterhin um ein entsprechendes Angebot für die Ausbildung zur Verwaltungsassistentin bzw. zum Verwaltungsassistenten bemühen.

Die Bundesministerin:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Schmid', written in a cursive style.